

NRZ - 03.

11.06.2019

Staatssekretär will Gedenkhalle stärken

Klaus Kaiser lobt die Arbeit des kleinen Teams im Schloss Oberhausen. Die Oberhausener Erinnerungsstätte beschäftigt sich auch mit Zwangsarbeiterlagern im „Dritten Reich“

Von Gustav Wentz

Die Gedenkhalle im Schloss Oberhausen zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus ist nicht die größte und spektakulärste Einrichtung ihrer Art, aber immerhin die älteste in Westdeutschland. In diesen Tagen erhielt die von Clemens Heinrichs geleitete Gedenkhalle Aufwertung und Anerkennung – nicht zuletzt durch Klaus Kaiser, Parlamentarischer Staatssekretär im Landesministerium für Kultur und Wissenschaft.

Kaiser absolviert gerade eine Tour zu den 28 Erinnerungsstätten im Lande, in denen auf verschiedene Art und Weise Nazi-Terror aufgearbeitet wird. Das nimmt Zeit in Anspruch, und der CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Hochsauerlandkreis nimmt sie sich: „Das macht ja nur Sinn, wenn man sich die Zeit nimmt, denn jede Gedenkstätte arbeitet anders, ist vor allem auch anders ausgestattet.“

Zu einem Punkt, der immer früh zur Sprache kommt, wenn es um



Staatssekretär Klaus Kaiser besucht die Gedenkhalle am Schloß Oberhausen. (v.li.) Klaus Kaiser, Clemens Heinrichs, Dr. Hans Wupper und Lisa Kleinholz.

FOTO: JÖRG SCHIMMEL / FUNKE FOTO SERVICES

Fragen der Ausstattung geht, kann er gleich Entwarnung geben: „Die Arbeit an und für Erinnerungskultur ist politisch und daher auch finanziell unstrittig.“ Darum gehe es besonders um die Frage: „Wie können wir die Arbeit der Gedenkstätten stärken?“

Da gibt es vor allem den Ansatz, Gedenkhallen mit ihrer teils sehr speziellen Arbeit in übergreifende Programme einzuordnen und sie auf

diesem Wege auch miteinander zu vernetzen. Über diesen Weg werden dann nicht nur zusätzliche Zusammenarbeiten, sondern auch Zuschüsse möglich.

Oberhausens Gedenkhalle arbeitet seit einigen Jahren vor allem zur Thematik der Zwangsarbeiterlager im „Dritten Reich“, einem vielfach verkannten dunklen Abschnitt dunkelster Geschichte. Hintergrund: In Oberhausen waren wegen der gro-

ßen und für die Kriegswirtschaft bedeutenden Industrieanlagen (GHH, Babcock, Ruhrchemie, Bergbau) Zehntausende von „Fremdarbeitern“ als Sklaven eingesetzt.

Wie Heinrichs erläuterte, bemühe sich die Gedenkhalle seit längerer Zeit um die Einbindung in die Netze überörtlicher Kooperationen: Seit fünf Jahren ist man im Bundesprogramm „Demokratie leben“ aktiv, seit zwei Jahren auch im Landesprogramm „NRW -Weltoffen“. Beides aber binde auch Arbeitskraft. Weshalb sich Heinrichs besonders freut, dass die Stadtverwaltung (der er mit der Gedenkhalle angehört) einen Landeszuschuss jetzt so aufgestockt hat, dass eine wissenschaftliche Stelle fast komplett bezahlt werden kann. Seit dem 1. Juni ist die junge Wissenschaftlerin Lisa Kleinholz mit im kleinen Team. Die Pädagogin/Historikerin soll vor allem die Zusammenarbeit mit den Schulen ausbauen. Da sieht auch das Land einen Schwerpunkt der Arbeit an der Erinnerungskultur.

Wie Hans Klaus Wupper, Referats-

„Der Gedenkhalle kann ich nur ein Kompliment aussprechen.“

Klaus Kaiser, Parlamentarischer Staatssekretär

leiter im Kultusministerium, erinnerte, habe die Stadt Oberhausen (bei der er damals beschäftigt war) in den 80er Jahren erwogen, die Gedenkhalle organisatorisch und personell ans Jugendamt anzuschließen. Zumindest ein Hinweis darauf, dass die Arbeit am Gedenken zwar das Vergangene zum Thema hat, die Zukunft aber entscheidend berührt.

Der Staatssekretär ist vom Tun in Oberhausen jedenfalls sehr angetan: „Der Gedenkhalle kann ich nur ein Kompliment aussprechen. Sie arbeitet sehr gut daran, der Stadtgesellschaft und vor allem den jungen Menschen ein demokratisches Gerüst zu verschaffen. Wir werden daran mitarbeiten.“